Nr. 104. 7. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post-katalogs 2795) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Stengele in Hamburg.

Donnerstag, den 4. Mai 1893.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die prinzipielle Seite der Militärvorlage im Berichte der Reichstags-Kommission.

III.

□ Gegen die durchaus begründete Behauptung, daß die Vorlage dem ohnedies gedrückten Volke unerträgliche neue Lasten auferlege, erheben die Vertheidiger der Vorlage folgende gradezu lächerliche Einwendungen: Die 64 Millionen jährlicher Mehrausgaben in Folge der geplanten Heeresverstärkung werden dem Nationalwohlstand ernstlich schwere Wunden durchaus nicht schlagen. (!?!) Dividire man die Mehrbelastung mit der Bevölkerungsziffer, so ergebe sich pro Kopf eine Mehrbelastung von 1½ Mark. Diese Mehrbelastung sei schwer, aber ein wahres Kinderspiel gegenüber den Kalamitäten einer Niederlage im Kriege. Die finanziellen Verhältnisse Deutschlands seien kein Hinderniß für die Bewilligung dessen, was nothwendig sei; sie seien an sich noch nicht so schlecht, daß wir im nächsten Krieg gleich den letzten Groschen hergeben müßten. Der Wohlstand der Nation habe derart zugenommen, daß sie die neue Steuerlast tragen könne. (!?!) Die Erhöhung der Brausteuer und der Branntweinsteuer habe grade den Zweck, zu verhindern, daß Deutschland zu einer Nation von Bettlern werde. Wer an der französischen Grenze wohne, könne sehen, wie die Deutschen besser vorwärts kommen als die Franzosen; das deutsche Volk sei die am wenigsten durch Steuern, insbesondere für's Militär, belastete Nation. Uebrigens handle es sich bei der Vorlage um den Fortbestand des Deutschen Reiches und dazu müssen eben Opfer gebracht werden. Eine Vorlage, die zur Sicherung des Vaterlandes nöthig sei, müsse bewilligt werden ohne Rücksicht auf die Kosten. Die Erklärung, daß die Mittel nicht vorhanden seien, um das zu bewilligen, was zur militärischen Sicherheit Deutschlands erforderlich sei, komme einer Bankerotterklärung des Reiches gleich.

Von anderer Seite wurde u. A. replizirt: Die anderthalb Mark Mehrbelastung pro Kopf, die man gegnerischerseits gering taxire, kommen zu der schon vorhandenen großen Belastung hinzu. Ein Familienvater müsse für viele Köpfe zahlen und die Mehrbelastung müsse auch bezahlt werden von solchen Leuten, die mit des Lebens Nothdurft zu kämpfen hätten und denen dieses Kämpfen nun durch die Erhöhung der indirekten Steuern noch mehr erschwert werde.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts machte gegen letztere Ausführung Folgendes geltend:

Die geplante Mehrbelastung, welche pro Kopf der Bevölkerung wohl 1½ Mark betragen werde, treffe nicht den ärmsten und mit des Lebens Nothdurft kämpfenden Theil der Bevölkerung (!?!) und eine solche Wirkung wäre auch gar nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen gelegen. Die Börsensteuer treffe diese Aermsten jedenfalls nicht, auch nicht die Brausteuer. Die Brauer gehören nicht zur nothleidenden Bevölkerung, und die Schankwirthe auch nicht zu den am wenigsten Leistungsfähigen. Nur der Aufschlag im Preise, der jetzt auf dem Wege vom Einkauf der Gerste bis zum Trinker entstehe, werde durch die Brausteuer vermindert werden. Unwahrscheinlich sei, daß im Gebiet der Brausteuergemeinschaft eine Erhöhung des Bierpreises eintreten werde. Würde aber je die Brausteuer auf die Konsumenten abgewälzt, so wäre die Mehrbelastung noch keine unerträgliche, die Last wäre noch nicht annähernd so hoch wie in Baiern.

Aus der Kommission wurde erwidert:

Es sei doch als sicher anzunehmen, daß die Erhöhung der Brausteuer auf die Konsumenten abgewälzt werde; sehr bezeichnend sei, daß der Staatssekretär über die Erhöhung der Branntweinsteuer ganz geschwiegen habe.

Endlich wurde gegen die Vorlage noch eingewendet: Politisch habe man bei Einbringung und Durchführung eines solchen Gesetzes auch der Volksstimmung Rechnung zu tragen, und diese sei entschieden gegen die Vorlage.

In dieser Beziehung wurde Folgendes im Einzelnen geltend gemacht: Die Durchführung der Vorlage und eine günstige Wirkung derselben sei nur zu erwarten, wenn sie getragen sei von der herzlichen Zustimmung des Volkes. Die Art der Einbringung dieser Vorlage wie die Art der Propaganda für dieselbe seien mit daran Schuld, daß wir von einer solchen Zustimmung des Volkes sehr weit entfernt seien. In Baden und in der baierischen Pfalz sei die tabakbauende Bevölkerung schon zwei Monate lang in höchster Aufregung gewesen, bis endlich die Vorlage in der bekannten Weise an die Oeffentlichkeit gekommen sei, und zwar zunächst nur das Ungünstige an der Vorlage ohne deren Vortheile. Auch die seit November in der Presse entwickelte Propaganda sei durchaus nicht geeignet gewesen, die Herzen des Volkes zu gewinnen, sie habe gradezu abstoßend gewirkt, z. B. mit der Behauptung, das Wohl und Wehe des deutschen Volkes hänge davon ab, ob man sich entschließen könne, künftig für einen Liter Bier ½ Pfennig mehr zu bezahlen. — Man müsse beachten, welchen Eindruck die immer steigenden Lasten auf das Volk machen. Tiefen Eindruck habe das Wort des Grafen Preysing im Plenum gemacht: In Baiern fange man an zu vergleichen die Zeit vor dem Zugehören zum Deutschen Reiche mit jetzt; auch von anderer Seite habe man Klagen gehört über die Abnahme des Nationalgefühls; man dürfe es nicht soweit treiben, daß in Baiern wie zur Zeit der Habsburger der Ruf erschalle: „Lieber baierisch sterben, als kaiserlich verderben.“ Man solle ausschauen und hören, wie zufrieden die Sozialdemokraten und die Antisemiten mit der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge seien. — Die Volksstimmung könne nicht außer Betracht bleiben; reichsfeindlich sei zwar Niemand in Deutschland, aber der militärische Opfersinn sei in Süddeutschland nicht so groß wie im Norden, weil man dort die preußische Vergangenheit nicht hinter sich habe. Wenn man gleichwohl die Sache noch weiter treibe, so müsse dies eine schlimme Verstimmung hervorbringen. Auch sonst thue die Militärverwaltung nichts, um auf die Forderungen des Volkes Rücksicht zu nehmen, in Bezug auf die Beschränkung von Luxusausgaben, Umgestaltung des Pensionswesens, Reform der Militär-Strafprozeßordnung u. s. w. Die Stimmung im Volke sei derart verbittert, daß im Falle der Auflösung des Reichstages beim Wahlkampfe jedenfalls Derjenige am sichersten den Sieg erringen werde, der die schärfste Tonart gegen die Militärvorlage anschlage. Eine zweite Aufführung von Dingen wie im Jahre 1887 gebe es nicht. Die Mittelparteien werden im Wahlkampfe die Zeche zu bezahlen haben. Wenn eine stärkere Opposition aus dem Wahlkampfe in den Reichstag zurückgehe, was dann geschehe?

Der Reichskanzler behauptete hiergegen: Es handele sich um die Existenz und Zukunft des Reiches, und diese könne man nicht abhängig machen von Volksstimmungen in der Gegenwart. Die verbündeten Regierungen würden glauben, ihre Schuldigkeit nicht zu thun, wenn sie solchen Verstimmungen im Volke nachgeben wollten.

Ein der Vorlage freundlich gesinntes Mitglied der Kommission verstieg sich zu der Unwahrheit: Die Stimmung im Volke für die Vorlage werde immer günstiger. Ihm wurde entgegnet: Im gegenwärtigen Augenblick bei der allgemeinen Unzufriedenheit noch die persönlichen Militärlasten weiter zu steigern, hieße gradezu Oel in's Feuer gießen. Es herrsche eine große Unzufriedenheit in allen Schichten des Volkes, wie nie zuvor. Die Saat, welche Fürst Bismarck in der Pflege der Interessenpolitik ausgestreut gehe nun auf. Wenn wirklich unsere Verhandlungen im Auslande den Chauvinismus erregen, so trage die Regierung daran die Schuld, weil sie die Vorlage ohne jede Fühlung mit irgend einer politischen Partei und ohne alle Rücksicht auf die Stimmung des Volkes eingebracht habe.

Dem Unmuth und der Mißstimmung über die fortgesetzte Steigerung der Militärlasten sei in der Kommission noch lange nicht genug Ausdruck gegeben; es sei viel mehr Erbitterung im Volke vorhanden, als hier zum Ausdruck komme.

Unter den einzelnen Gegenvorschlägen befindet sich auch der der Einführung des Milizsystems. Er wurde von sozialdemokratischer Seite eingebracht und wie folgt begründet:

Eine allgemeine Volksbewaffnung sei möglich und nothwendig; er fordere die Organisation eines wirklichen Volksheeres für den Volkskrieg, und verlange zu diesem Zweck eine volksthümliche Erziehung der Jugend zum militärischen Beruf; ein solches Volksheer sei viel zahlreicher und weit billiger als das stehende Heer; Deutschland könnte bei allgemeiner Volksbewaffnung nicht erst in 24 Jahren 4½ Millionen, sondern in viel kürzerer Zeit etwa 6 Millionen den Feinden entgegenstellen; er verweise auf den spanischen Krieg im Anfang dieses Jahrhunderts, den amerikanischen Sezessionskrieg von 1861—65 und den Volkskrieg der Franzosen unter Gambetta; namentlich der amerikanische Krieg habe die Leistungsfähigkeit der Miliztruppen gezeigt und Anregungen zu Reformen tiefgreifendster Art bei den stehenden Heeren gegeben, in Ländern mit stehenden Heeren habe man viel von jenem Volksheer gelernt; in Frankreich sei man nach Sedan froh gewesen, die alten Generale mit ihren militärischen Vorurtheilen los geworden zu sein, und der bürgerliche Kriegsminister Freycinet sei das beste Beispiel, wie recht man damit gehabt; die Annahme der verlangten Verstärkungen werde nur die anderen Staaten zu gleichem weiteren Vorgehen zwingen; die jetzige Vorlage bedeute nur einen kleinen Bruchtheil der Verdy'schen Pläne, deren Durchführung Deutschland ruiniren werde, während Deutschland bei Annahme seiner Vorschläge allen Staaten voraus sein würde.

Der Reichskanzler entgegnete:

Nicht der Guerillakrieg, sondern Wellington habe die Spanier gerettet. Der Krieg mit Volkswehren sei die theuerste Art der Kriegführung. Grade die Armee der Nordstaaten im amerikanischen Kriege habe sich als kolossal theuer und Anfangs als sehr wenig leistungsfähig bewiesen; die amerikanische Kriegführung habe damals unglaubliche Summen verschlungen, über 18 Millionen täglich; Schlachten, in welchen Spaten mehr gebraucht werden als das Gewehr, taugen für Europa nicht; an einzelnen Punkten sei damals in Amerika tagelang gekämpft worden, weil die Führung zu wünschen übrig gelassen habe; die Zahl der ausgetauschten Gefangenen sei enorm gewesen, auf jeder Seite 100 000 Mann; Verwüstungen auf meilenweiten Strecken, wie dort geschehen, dürfe ein Kulturstaat nicht vornehmen. Nach Sedan haben die Franzosen alte Generale behalten, sogar noch besonders herangezogen.

Der sozialdemokratische Vertreter antwortete: Die Volkskriege würden nur theurer, wenn sie von militärisch unvorbereiteten, gewissermaßen aus dem Boden gestampften Armeen geführt würden, wie das grade bei den von ihm erwähnten Kriegen der Fall gewesen sei; hätten jene Volksheere das Kriegsmaterial zur Verfügung gehabt, das wir jetzt haben, so wären jene Kriege anders verlaufen. Hätten wir nach Sedan gewußt, welche Opfer und Verluste die Organisationen Gambettas dem deutschen Heere noch bereiten würden, so würde man wohl von deutscher Seite damals sich zu einem Friedensschluß bereit erklärt haben. Nicht blos das Material, auch das Personal müsse zum Krieg vorbereitet sein, und dies erfordere bei einem Volksheer eine militärische Jugenderziehung, welche dem militärischen Ausbildungspersonal die Möglichkeit gewähre, die letzte Ausbildung der Erwachsenen in der verhältnißmäßig kurzen Zeit von Monaten zu vollenden. Durch das Zuströmen der Bevölkerung in die Städte und die Industrie verschlechtere sich die körperliche Tüchtigkeit; Turnunterricht, Schwimmunterricht, Uebung mit Gewehr müssen in der Jugend gelernt werden, so daß bei Einstellung in die Armee nur die letzte Hand angelegt zu werden brauche. Das Institut der Einjährigfreiwilligen und die fünfmonatliche Ausbildung der Ersatzreservisten zeige, daß auch bei uns eine weit kürzere Dienstzeit als die zweijährige für genügend erachtet werde; die Ausbildung der Ersatzreserve sei durchaus nicht zu unterschätzen, sie seien besser ausgebildet, als man militärischerseits zugeben wolle; ihm sei die Aeußerung eines höheren Offiziers hinterbracht worden: es ist gut, daß Abgeordneter Richter nicht weiß, wie gut die Ersatzreservisten ausgebildet sind, er würde dies sonst im Reichstage verwerthen für die Abkürzung der Dienstzeit Anderer. Das schweizerische Militärsystem sei gewiß nicht sein Ideal, denn dort fehle die militärische Jugenderziehung und die dortige Ausbildung der Erwachsenen sei noch mangelhaft, allein die dort bestehenden Einrichtungen zeigen doch immerhin die Basis, auf der weitergebaut werden müsse; die Schweiz stelle 208 000 Mann an Auszug und Landwehr in's Feld und einen Landsturm von 262 000 Mann, zusammen 470 000 Mann, und doch betrage das dortige Militärbudget nur M. 26 400 000, wobei die dortigen Mannschaften ungleich besser verpflegt und bezahlt seien als in Deutschland, der Mann bekomme dort einen täglichen Sold von 75 Centimes gleich 60 Pfennig; freilich seien die Gehälter der höheren Offiziere bedeutend geringer als bei uns.

Der Reichskanzler wendete gegen letztere Ausführungen ein:

Die Schweiz gebe für ihr Militär verhältnißmäßig mehr aus, als wir für das unsere, wenn man die Ausgaben pro Kopf berechne, das schweizerische Militärbudget sei auch im Anwachsen, es habe im Jahre 1890 42 Millionen, 1892 dagegen 47 Millionen betragen; ein Milizheer könne niemals die Offensive ergreifen.

Von anderer Seite wurde die Schlüssigkeit der vom Reichskanzler über die Militärausgaben der Schweiz gemachten Angaben bestritten, weil unter den angeführten Ausgaben außerordentliche Kosten für die Gotthardbefestigung und für die Anschaffung des kleinkalibrigen Gewehres inbegriffen und die Einnahmen der Militärverwaltung nicht in Abzug gebracht seien; hiernach seien die Kosten des schweizerischen Militärs doppelt zu hoch berechnet, der schweizerische Militäretat betrage thatsächlich nur die Hälfte des deutschen Militäretats nach Verhältniß der Bevölkerung.

Ueber die zu erwartende Entwicklung unserer Finanzlage in den nächsten Jahren gab ein Vertreter des Reichsschatzamts eine ausführliche Darlegung, in welcher ein Bild des Reichshaushaltsetats, wie sich derselbe im letzten Jahre der für die erhöhte Friedenspräsenzstärke vorgesehenen fünfjährigen Geltungsdauer etwa gestalten würde, gezeichnet wurde. Diese zu Protokoll der Kommission übergebene Darlegung lautet:

„Nach Maßgabe der bisherigen Erörterungen sind für das Rechnungsjahr 1898/99 — im Vergleiche zu dem Etatsentwurfe für 1893/94 — zu erwarten an:

Mehr-Ausgaben:

a. aus Anlaß der bevorstehenden Heeresverstärkung	M. 63 924 085	
zuzüglich rund	„ 2 400 000	
(Schuldzinsen von M. 67 800 000 Anleihe)		
b. aus sonstigen Ursachen laut der vom Schatzamt mitgetheilten Zusammenstellung	M. 38 676 000	
zusammen		M. 105 000 085

Mehr-Einnahmen:

a. aus den vorgeschlagenen Steuererhöhungen (Bier-, Branntwein- und Börsensteuer) rund	M. 58 000 000	
b. aus dem Wegfall der Prämien bei der Zuckerausfuhr	M. 10 400 000	
zusammen		M. 68 400 000

Danach würde noch ein Betrag an Mehr-Ausgaben in Höhe von M. 36 600 085 ungedeckt bleiben.

Die Kommission gelangte nach eingehender Berathung und nachdem alle Vermittlungsanträge am Widerstande der Regierung gescheitert waren, zu folgendem Antrage:

Der Reichstag wolle beschließen:

1) dem Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, die Zustimmung nicht zu ertheilen;
2) die Petitionen zur Militärvorlage durch den über die Vorlage zu fassenden Beschluß für erledigt zu erklären.

Der Regierung wurde zum Schluß gesagt: Durch ihre ablehnende Haltung gegenüber den Vermittlungsanträgen sei es für Jedermann klar, daß mit dem gegenwärtigen Regiment in Militärdingen nicht zu paktiren sei. Es trete hier ein Ueberrest absolutistischer Richtung hervor, die den Reichstag nach dem Grundsatz sic volo, sic jubeo nur als Geldbewilligungsmaschine für den Militarismus betrachte. Es müsse sich jetzt entscheiden, ob die konstitutionellen Rechte der Volksvertretung in Militärfragen erhalten bleiben sollen. Wir sind dieser Entscheidung jetzt gewärtig. Wie sie ausfallen wird, das ist nach den Vorgängen der letzten Tage mehr als zweifelhaft.

Von der Weltbühne.

Die Militärvorlage ist unerwarteter Weise schon für heute (Mittwoch) im Reichstage zur zweiten Berathung gestellt worden. Nachdem mit dem Hüne'schen Kompromiß die Regierung neue Hoffnungen auf Annahme derselben gewonnen, will sie offenbar die Entscheidung schleunigst herbeiführen. Im Seniorenkonvent des Reichstages, der am Dienstag zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zusammentrat, erklärte der Präsident des Reichstages, die Regierung wünsche, daß die zweite Berathung der Militärvorlage schon am Mittwoch beginne, sie verzichte auf alles Uebrige. Im Falle der Ablehnung der Militärvorlage werde sie den Reichstag sofort auflösen.

Der Hüne'sche Kompromißantrag zur Militärvorlage ist nach telegraphischer Meldung noch in der Nacht zum Mittwoch, vermuthlich nach Beendigung der Fraktionssitzung des Zentrums, im Reichstage eingebracht worden. Der Antrag soll nach der Darstellung des offiziösen Telegraphen eine dauernde Herabminderung der in der Regierungsvorlage geforderten Präsenz um 13 800 Mann einschließlich 1095 Unteroffiziere festsetzen; ferner findet durch die Nichteinstellung von 11 000 Mann Gemeinen für die Unteroffizier-Manquements für die ersten Jahre eine entsprechende Herabminderung statt, die frühestens in fünf Jahren nach und nach verschwindet. Endlich wird im ersten Jahr durch die Entlassung der Dispositionsurlauber im bisherigen Umfange eine Minderpräsenz von 5000 Mann erfolgen, also im ersten Jahre eine Gesammtherabminderung von 29 800 Mann, dauernd Rekruten weniger 6500 Mann, vorübergehend 11 000 Mann, zusammen 17 500 Mann. Die Minderkosten gegenüber der Regierungsvorlage sind 4 Millionen, die in den folgenden Jahren entsprechend herabgemindert werden, und endlich einige Ersparungen an den einmaligen Ausgaben.

Diese negative Art der Wiedergabe des Inhalts, die nicht sagt, was der Zentrumskompromißler der Regierung bietet, sondern die winzigen Abstriche möglichst bedeutsam erscheinen zu lassen sich bemüht, ist natürlich auch nur darauf berechnet, dem Volke die Sache mundgerecht zu machen. In Bezug auf die Täuschung des Publikums ist ja in Hinsicht auf die Militärvorlage schon das Menschenmögliche geleistet worden.

In der Sitzung der Zentrumsfraktion am Dienstag Abend, die bis kurz vor Mitternacht währte, haben sich, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, nach heftigen Debatten nur acht Mitglieder gefunden, die bei der Abstimmung für das v. Hüne'sche Kompromiß eintraten.

Daß die Erörterungen in der Zentrumsfraktion, über welche ein parteioffizieller Bericht noch nicht vorliegt, sehr stürmischer Natur gewesen sind, erhellt aus der telegraphisch gemeldeten Thatsache, daß Graf Ballestrem, der für den Hüne'schen Kompromißvorschlag eintrat, den Vorsitz der Zentrumsfraktion niederlegte. Die Kompromißfreunde haben bei der Zentrumsmehrheit, wie es scheint, also auf wenig Schonung zu rechnen. So verzeichnet die „Germania“ auch ohne Randbemerkung die Notiz: „Wie die „National-Zeitung“ hört, will der Abg. Freiherr v. Hüne, falls es zur Auflösung des Reichstages kommen sollte, ein Mandat nicht mehr annehmen.“ Die „Germania“ scheint damit also völlig einverstanden zu sein. Und man muß zugeben, daß es sich für das Zentrum um eine Lebensfrage handelt. Würde es dem Kompromiß, d. h. dem Wesentlichen der Vorlage zustimmen, so würde in zwei Jahren sicher sein letztes Stündlein geschlagen haben. Die Wähler haben es der Fraktion deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie die Ausweitung des Militarismus in's Unendliche nicht wollen. Die Mehrheit des Zentrums folgt nur dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn sie fest bleibt.

Darüber sind auch die nicht im agrarisch-militaristischen Fahrwasser segelnden Zentrumsorgane nicht im geringen Zweifel und sie erheben mahnend ihre Stimme. So schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Was das Zentrum anlangt, so hoffen wir, daß kein irgendwie erheblicher Theil der Fraktion dem Abgeordneten v. Hüne auf einem Wege folgen wird, den wir dieses hervorragende Mitglied in zwölfter Stunde zu unserem lebhaften Bedauern beschreiten sehen. Schon das Bekanntwerden des Hüne'schen Kompromiß-Vorschlages wird weithin innerhalb der Zentrumpartei den unliebsamsten Eindruck machen. Wie die Stimmung im Süden ist, läßt ein Artikel im jüngsten Hefte der „Histor. polit. Blätter“ erkennen. Der Veteran der baierischen Zentrumspartei, Dr. Jörg, schreibt in einem Artikel über die inneren Kämpfe im Reich: „Für die Vorlage, wie sie liegt und nicht ein Mal des Bismarck'schen Segens sich erfreute, auf einen Uebertritt aus dem Zentrum zu rechnen, hieß nichts Anderes, als ihm zumuthen, daß es sich selbst untreu werde. Denn es hatte sich feierlich an die Windthorst'schen Resolutionen von 1890 gebunden. Dieselben schlossen eine strangulirende Durchführung des Grundsatzes der allgemeinen Dienstpflicht, welcher die Militär-Vorlage freie Bahn brechen sollte, unbedingt aus.“

„Der Reichstag steht vor einer folgenschweren Entscheidung. Wir erwarten noch immer bestimmt, daß dieselbe gegen die Vorlage und alle ihr nahekommenden Kompromißvorschläge fallen wird. Es handelt sich, wie eine Korrespondenz mehrerer Zentrumsblätter zutreffend bemerkt, im letzten Grunde nicht darum, ob etliche Tausend Rekruten und Millionen Kosten mehr oder weniger zu bewilligen sind, sondern um die Frage, ob Deutschland künftig ein bürgerliches Staatswesen mit der nothwendigen Wehr-Einrichtung oder ein Militärstaat mit dem nothwendigen zivilistischen Anhängsel sein soll. Bisher hatten wir trotz allem Uebergewicht der militärischen Einflüsse immer noch den Grundsatz, daß die Armee nicht größer sein solle, als sie im Interesse der deutschen Sicherheit sein müßte. Jetzt ist der Beweis der Nothwendigkeit in den Hintergrund gedrängt durch das „Prinzip“ der allgemeinen Dienstpflicht, d. h. die Armee soll so groß werden, als sie sein kann. Wenn der Reichstag dazu Ja sagt, dann ist es mit dem Bewilligungsrecht auf dem militärischen Gebiet thatsächlich zu Ende. Septennat und Friedenspräsenz sind dann hohle, dekorative Formen geworden. Der Kriegsminister stellt Alles ein, was kriechen kann, und die Finanzminister haben für die nöthigen Gelder zu sorgen. Bleibt noch etwas übrig, so kann das Parlament darüber zu zivilistischen Zwecken verfügen. Die Wähler werden sich darüber nicht täuschen, daß jetzt zum letzten Mal dem Lande die Möglichkeit gegeben ist, der Militärlast und der Militär-Allmacht eine vernünftige Grenze zu ziehen. 1887 war nur ein verhältnißmäßig harmloses Vorspiel.“

Die Männer der „freien Hand“ im Freisinn, die Wadelstrümpfler, welche sich für einen Kompromiß in der Militärvorlage bereit finden lassen wollen, werden in der vom freisinnigen Abg. Vollrath redigirten Berliner „Volksztg.“ in wohlverdienter Weise mit Hohn überschüttet. Das genannte Blatt bemerkt: „Die Organe der Regierung stimmen bereits Loblieder auf die „patriotische Einsicht“ der Mehrheit des Reichstages an, und es ist vielleicht die bitterste Satire auf unsere Verhältnisse, daß sich ein Herr Schweinburg dazu herablassen darf, in seiner Korrespondenz einem Theil der — freisinnigen Partei ein Zeugniß des Wohlverhaltens auszustellen; derselbe Herr, der Jahr aus Jahr ein auf höheren Befehl ein stets bereit stehendes Kübel übelduftender Verdächtigungen auf diese Partei zu leeren auf dem Sprunge stand. Nicht leicht hat eine politische Partei eine demüthigendere Phase durchgemacht, als die, in welche die freisinnige Partei durch einen Theil ihrer Mitglieder nunmehr gedrängt worden ist: sich öffentlich anloben lassen zu müssen von den Offiziösen des „neuen Kurses“! Freilich gilt dieses kompromittirende Lob nur eben jenem Theil, der den Kampf gegen den Militarismus grade in der Stunde der äußersten Gefahr aufgiebt.“

Die Wähler allüberall im Lande haben ein Recht darauf, die Leute kennen zu lernen, welche im Moment der Entscheidung der Tapferkeit besseren Theil erwählen. Folgende Mitglieder der freisinnigen Fraktion haben den Antrag Richter auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit unter Beibehaltung der gegenwärtigen Friedenspräsenz nicht unterzeichnet:

Berling, Brömel, Dr. Dohrn, Eberty, Goldschmidt, Gutfleisch, Dr. Hänel, Dr. Harmening, Hinze, Dr. Horwitz, Lorenzen, Lüders, Maager, Dr. A. Meyer, Rickert, Dr. Ruge, Schröder, Schütte, Dr. Seelig, Dr. Siemens, Dr. Frhr. v. Stauffenberg, Dr. Thomas, Wilbrandt, Dr. Witte und Dau. Letzterer ist Hospitant der Fraktion.

Von diesen waren nicht anwesend: Berling, Eberty, Gutfleisch, Dr. Harmening, Lorenzen, Lüders, Dr. Ruge, Schütte, Dr. Seelig, Dr. Siemens, Dr. Frhr. v. Stauffenberg, Dr. Thomas, Dr. Witte, Dau.

Von den in der Sitzung zugegen gewesenen Mitgliedern der Fraktion haben nicht unterzeichnet, weil sie bei einer „Verständigung“ dabei sein wollen:

Brömel, Dr. Dohrn, Goldschmidt, Dr. Hänel, Hinze, Dr. Horwitz, Maager, Dr. Alex. Meyer, Rickert, Schröder, Wilbrandt.

Von denen, die am Montag gefehlt haben, sind nach der „Volksztg.“, die es wissen kann, mit Bestimmtheit den Rickert'schen zuzurechnen:

Dr. Witte, Dr. Siemens, Lorenzen,

so daß sich die Zahl der Kompromißbereiten im Augenblicke auf 14 Mann beläuft.

Die „Volksztg.“ betont, daß die Konsequenzen der Spaltung der freisinnigen Fraktion nicht ausbleiben können. „Und wenn die Fraktion alle Kleistertöpfe der Welt in Funktion setzen wollte, um den Riß zu verkleben — jetzt weiß die freisinnige Wählerschaft zu viel von diesem „Geheimniß“, das die Offiziösen mit diabolischer Schadenfreude von den Dächern pfeifen.“

Und nicht die freisinnigen Wähler allein, fügen wir hinzu. Alle Wähler werden sich die Namen der Schwächlinge merken, sie werden auch nicht vergessen, wie wenig Verlaß auf die freisinnige Fraktion ist, selbst in Fragen, die zu den Kernfragen des Liberalismus gehörten. Und mit eisernem Besen wird die Wählerschaft diese Schwachmüthigen hinwegfegen, sei es demnächst oder sei es, wenn das Kompromiß mit Hülfe des Freisinns und des Zentrums zu Stande kommt, in zwei Jahren. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Zur Frage der Reichsverschuldung macht die „Köln. Volksztg.“ auf einen sonderbaren im Bericht der Militärkommission enthaltenen Irrthum aufmerksam. Auf Seite 124 dieses Berichts findet sich eine auch von uns kürzlich wiedergegebene Zusammenstellung des Geld-Erfordernisses zur Verzinsung der Reichsschuld von 1876/77—1893/94 und eine Zusammenstellung des Betrages der verzinslichen Bundes- und Reichsschulden von 1873 bis 1893/94. Danach beträgt die verzinsliche Schuld pro Etatsjahr 1893/94 1 755 542 400 oder rund 1755 Mill. Mark, zu deren Verzinsung in demselben Etatsjahr M. 65 675 000 nothwendig seien. „Diese Zahlen gehen gegenwärtig durch alle Blätter, sind aber trotzdem ohne Zweifel falsch. Jene Zusammenstellungen sind im Büreau des Reichstages gemacht. Woher die Unterlagen zu denselben genommen sind, ist nicht ersichtlich. Die als Geld-Erforderniß zur Verzinsung angegebene Summe von M. 65 675 000 deckt sich mit der betreffenden Ziffer im Etat der Reichsschuld auf das Etatsjahr 1893/94. Dagegen deckt sich der als Summe der verzinslichen Schulden des Reiches angegebene Betrag von 1755 Mill. durchaus nicht mit den Angaben in der dem genannten Etat angefügten Denkschrift.“ Nach dieser Denkschrift beträgt die Summe

der 4pZt. Schuldverschreibungen	M. 450 000 000
der 3½pZt.	
a. verzinslich am ¹/₄. und ¹/₁₀.	„ 71 000 000
b. verzinslich am ²/₁. und ¹/₇.	„ 641 150 500
der 3pZt. Schuldverschreibungen,	
a. verzinslich am ²/₁. und ¹/₇..	„ 170 000 000
b. verzinslich am ¹/₄. und ¹/₁₀. veranschlagt per 1. Okt. 1893	„ 502 500 000
	M. 1 834 650 500

Die am 11. April aufgenommene neue 3pZt. Anleihe von 160 Millionen Mark ist in dieser Summe bereits enthalten. Wie stimmt nun diese Zahl zu der in dem Bericht des Abg. Gröber angegebenen? Will man übrigens ein richtiges Bild sich machen von der finanziellen Lage des Reiches, so muß man obiger Summe noch hinzufügen den „für die bezüglichen einmaligen Ausgaben für 1893/94 im Wege des Kredits zu schaffenden Betrag“, der sich nach der erwähnten Denkschrift beläuft auf

M.	168 153 207
sowie den Betrag der ausgegebenen unverzinslichen Reichskassenscheine in Höhe von	„ 120 000 000

Man erhält alsdann M. **2 122 803 707** oder rund **2 Milliarden 123 Millionen Mark** als Summe der Schulden des Deutschen Reiches pro 1893/94. Wie stimmt nun dazu die Angabe in dem Bericht der Kommission? fragt mit Recht das genannte Blatt. Wie oben nachgewiesen, ist die zweite Milliarde Reichsschulden längst überschritten. Woher nun die verschiedenen falschen Angaben?

Herr Gröber wird darüber hoffentlich erschöpfende Auskunft geben können.

Die etwaigen Neuwahlen zum Reichstag verursachen in Regierungskreisen offenbar nicht geringe Beklemmungen. Ein Berliner Korrespondent der „Schles. Ztg.“ läßt darüber folgendes Gestöhne vernehmen:

„Nach allen Anzeichen denkt man denn auch in den wirklich maßgebenden Kreisen nicht daran, zum Aeußersten zu schreiten, bevor alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung erschöpft sind, und es wäre sehr zu wünschen, daß man sich ein entsprechendes Maß von Geduld in allen sich mit der großen Frage beschäftigenden Kreisen auferlegte. Schon hört man selbst von ernsten patriotischen Männern Worte des Hohnes über Diejenigen, welche sich noch immer an einen Strohhalm zu klammern suchten. Wer die Reichstagsszenen der letzten Woche überblickt, wird der Eventualität der Auflösung unter den heutzutage in Deutschland einherwogenden Strömungen wohl mit weniger leichtem Herzen entgegensehen. Ob diese Strömungen in zwei Jahren nach dem natürlichen Ende der Legislaturperiode noch dieselben sein würden, ist keineswegs ausgemacht. Heute haben wir sie in voller Stärke vor uns, und kein ruhiger Beurtheiler wagt sich der Hoffnung hinzugeben, daß der neuzuwählende Reichstag den militärischen Anforderungen günstiger sein, ja, daß er überhaupt die Unterlage für eine zur Noth noch angängige Fortführung der Reichspolitik bieten würde. Eine Neuwahl wie im Februar 1887 würde unser Ansehen nach außen stärken. Der heutzutage weithin herrschende Pessimismus, der sich in jüngster Zeit, soweit die parlamentarischen Dinge in Betracht kommen, vielfach bis zum Aeußersten gesteigert hat, schließt aber jede Hoffnung auf ein ähnliches Wahlresultat aus. Von der Auflösung bezw. den Neuwahlen ist also nicht nur eine trostlose Verwirrung im Innern, sondern auch eine Schädigung unseres Ansehens nach außen zu befürchten. Beides würde, wenn es einträte, die Reichsgewalt zu Schritten drängen müssen, die sich heute der Erörterung entziehen.“

Der Schlußsatz ist die neuerdings so oft gehörte Drohung mit dem Verfassungsbruch. Die Offiziösen thäten wahrlich gut, nicht so viel mit dem Feuer zu spielen. Würde der Brand entfacht, so könnte das Resultat ein anderes sein, als sie und ihre Hintermänner wünschen.